

Einführungsvortrag des Landtagspräsidenten zur Tagung „20 Jahre Freistaat Sachsen“ am 04.03.2010

– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Dr. Thieme,

sehr geehrter Herr Richter,

verehrte Vertreterinnen des Konsularischen Korps,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete des Sächsischen Landtages,

verehrte Gäste,

20 Jahre nach der Wiederbegründung des Freistaates Sachsen blicken wir heute und an den kommenden beiden Tagen gemeinsam mit namhaften Wissenschaftlern auf die Grundlagen unseres Landes zurück. Wir beleuchten den Weg der sächsischen Demokratie und zeichnen die Entwicklungen in allen wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bis an die Schwelle unserer Gegenwart nach. Die wissenschaftliche Bewertung dieser Zeit liegt in den Händen von Historikern und Politologen, die gerade im Hannah-Arendt-Institut einiges zu diesem Thema geleistet haben.

Daher erlaube ich mir in meiner Einführung als Zeitzeuge und unmittelbar Beteiligter einige persönliche Akzente in die Diskussion einzubringen. Vielleicht ist gerade der Weg der Erinnerung am Anfang eine geeignete Form, um auf die folgenden Fachbeiträge vorzubereiten. Ich berichte über meine Erfahrungen und möchte mich dabei auf das Jahr 1990 beschränken, in welchem die friedlichen Revolutionäre in Sachsen selbst und aus eigener Kraft die Grundlage für die Wiedereinrichtung unseres Freistaates am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg zu Meißen schufen.

I. Am Anfang stand die Friedliche Revolution

Am Anfang stand die Friedliche Revolution, deren 20. Jubiläum wir im vorigen Jahr landesweit gewürdigt haben. Alle ihre Zentren lagen in Sachsen. Überall in unserem Land, in Plauen und Leipzig, in Dresden und Chemnitz, in Zwickau und Freiberg und vielen anderen Orten, ist im Herbst 1989 Weltgeschichte geschrieben worden. Zu Hunderttausenden trugen sächsische Bürgerinnen und Bürger ihre Forderungen nach Freiheit und Demokratie auf die Straßen und Plätze unseres Landes hinaus. Es entstanden basisdemokratische Gruppierungen und neue Parteien. In Städten und Gemeinden wurden Ende 1989 und Anfang 1990 Runde Tische ins Leben gerufen, an denen zwischen alten und neuen Kräften um die politische Zukunft Sachsens, die Reform der gesamten Gesellschaft und den Weg der sächsischen Demokratie gerungen wurde. Die Wiedereinrichtung Sachsens war eine der wichtigsten Forderungen der Friedlichen Revolution.

Ich selbst habe vor 1989 nicht zur organisierten Opposition gehört, hatte meine Nische in unserer evangelischen Kirche und wäre vielleicht irgendwann nach dem Westen ausgereist. Aber ich war am 13. Februar 1982 in der Kreuzkirche dabei, demonstrierte als junger Gastwissenschaftler 1984 mit polnischen Solidarnost-Kollegen in Danzig gegen das Kriegsrecht und stimmte in der Kommunalwahl 1989 gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Im Herbst 1989 stürzte ich mich regelrecht in die politische Arbeit und habe mich nach gezielter Suche - am 9. November 1989 war ich bei einer SPD-Gründungsveranstaltung im Gemeindesaal der Dresdner Martin-Luther-Kirche - im Dezember dem Demokratischen Aufbruch angeschlossen. Ich wollte nie eine andere oder bessere DDR, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands. Wir – und damit meine ich die Mehrheit der DDR-Bürger im Jahre 1990 – wollten leben wie im anderen Teil unseres Vaterlandes. Diese Ziele konnte ich in dieser neuen Partei konsequent verfolgen.

Im Ringen um die ersten freien Wahlen in der DDR verfasste ich im Januar 1990 ein Flugblatt des Demokratischen Aufbruchs in Dresden, das westdeutsche politische Freunde in einer Stückzahl von 60.000 Exemplaren gedruckt haben. Der Inhalt des Flugblattes spiegelt die politischen Positionen des Demokratischen Aufbruchs von 1989/1990 authentisch wider, gewissermaßen als zeitgeschichtliches Dokument.

Er endet mit den Sätzen:

„Die staatliche Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung ist Nahziel unserer Politik. Der Weg dazu führt von einer vertraglichen Bindung zwischen den deutschen Staaten über einen Staatenbund zum Bundesstaat. Dazu brauchen wir die schnellstmögliche Wiedereinrichtung der Länder. Der Demokratische Aufbruch fordert Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung!“

Diese Position war damals durchaus keine Selbstverständlichkeit. Wir verteilten die Flugblätter unter den fast 100.000 Teilnehmern der Dresdner Montags-Demostranten.

Der Bürgerrechtler und Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs Rainer Eppelmann wie Ministerpräsident Lothar de Maiziere und seine Regierung versuchten damals möglichst lange an der eigenständigen DDR festzuhalten. Große Teile des Demokratischen Aufbruchs wollten das nicht, vor allem in Thüringen und Sachsen. Nach unserer Meinung musste die Wiedervereinigung schnell kommen. Wir diskutierten damals sogar darüber, nach Art. 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik beizutreten, notfalls als neukonstituierte Bundesländer ohne die restliche DDR.

Einer der Gründe dafür bestand in der Sorge, dass sich die SED-Kader nach dem Schock der Demonstrationen wieder sammeln würden. Es entbrannte ein Kampf um die Besetzung der neuen Verwaltungsstrukturen. Daher galt es dafür zu sorgen, dass die alten Funktionäre abgelöst wurden und nicht wiederum beherrschenden Einfluss bekämen. Man musste den Mut haben, selbst nach der Macht, der politischen Verantwortung zu streben.

Viele Vertreter der anderen Gruppen am Runden Tisch, geprägt vom kirchlichen Oppositionsmilieu, wollten eigentlich keine Macht ausüben.

Diese fatale Schwäche, die für die sogenannte DDR-Opposition vom ersten Tag an bezeichnend gewesen ist, hat die Gruppe um Arnold Vaatz, der vom Neuen Forum kam, und in die CDU eintrat, hier in Sachsen bewusst durchbrochen. Wir beschränkten uns nicht auf die Montagsdemos, nicht auf endlose Diskussionen in Kirchen und an Runden Tischen. Wir begannen unseren Marsch in die Verwaltung des Rates des Bezirkes. Wir griffen nach der Macht in Sachsen an den Runden Tischen, in der Gemischten Kommission Sachsen/Baden-Württemberg und dem Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen.

II. Die Geburt der Runden Tische

Die Geburtsstunde des Runden Tisches des Bezirkes Dresden – für die ich hier aus eigener Erfahrung sprechen kann und an dem ich Hans Geisler als Vertreter des Demokratischen Aufbruchs (DA) nachfolgte - schlug am Abend des 8. Dezember 1989, nur einen Tag nach der Bildung des zentralen Runden Tisches in Berlin.

„Der Runde Tisch wurde notwendig, um für das Volk, das durch Machtmissbrauch und Korruption der ehemaligen Staats- und Parteiführung, unter Ausnutzung der festgeschriebenen Führungsrolle der Partei der SED, in eine tiefe Krise geführt wurde, umfassende demokratische Strukturen zu schaffen.

Er ist legitimiert durch den Willen des Volkes, das auf der Straße gewaltfrei den Weg zur Demokratie erzwungen hat.“

Mit diesen Sätzen leitete der Runde Tisch des Bezirkes Dresden sein Statut ein, das am 11. Januar 1990 beschlossen worden ist.

Zu diesem Zeitpunkt stand der Runde Tisch noch unter erheblichem Einfluss des Rates des Bezirkes und widmete sich unter diesem Einfluss einem bunten Strauß von Themen.

Die alten Machthaber beschäftigten uns Bürgerbewegte am Runden Tisch anfangs mit allen möglichen Dingen, z. B. mit der Versorgungslage und den Schließungszeiten von Kindergärten. Wie eine Schar von Hühnern – ich gebrauche einmal dieses Bild - pickten wir in irgendwelchen Ecken die Körner auf, die die Funktionäre ausstreuten. Während dessen haben die hinter unserem Rücken ihre Schäfchen ins Trockene gebracht, Immobilien und Konten beiseite geschafft und ihre Machtpositionen – auch mit Hilfe von Partnern aus den alten Bundesländern – stabilisiert.

Es gab allerdings zwei Themen, die sich wie ein roter Faden durch die Beratungen des Runden Tisches zogen:

Die Frage der Auflösung von Strukturen der Staatssicherheit und die Wiedererrichtung des Landes Sachsen.

Zu den wichtigsten Leistungen des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, in denen sich zugleich am deutlichsten die Auseinandersetzung zwischen alten und neuen Kräften widerspiegelte, sind seine Aktivitäten mit Blick auf das Thema Länderbildung zu zählen.

Der Moderator des Runden Tisches, Erich Iltgen, erinnert sich, dass am 18. Januar 1990 zum allerersten Mal am Runden Tisch die Idee auftauchte, das Land Sachsen zu gründen.

In seiner 5. Sitzung am 18. Januar 1990 fasste der Runde Tisch den Beschluss, den Rat des Bezirkes zu beauftragen, „am 25. Januar 1990 dem Runden Tisch in Berlin einen Vorschlag für einen gemeinsamen Antrag an die Volkskammer der DDR zur föderalistischen Landesstruktur vorzulegen.“

Nur sechs Wochen, nachdem der Gedanke der Gründung des Landes Sachsen zum allerersten Mal am Runden Tisch thematisiert worden war, bestätigte ein Beschluss der 11. Beratung am 1. März:

„Der Runde Tisch stimmt dem Vorschlag der Tagungsleitung zur Bildung einer Initiativgruppe für die Koordinierung der Aktivitäten des Runden Tisches und der Räte der Bezirke zur Bildung des Landes Sachsen zu.“

Der Wortlaut der vorstehend genannten Entschließung lässt erkennen, dass neben dem Bezirk Dresden auch die anderen Bezirke schon an der Erarbeitung von Unterlagen zur Bildung des Landes Sachsen beteiligt waren.

Die nun folgenden Wochen waren die wohl entscheidendsten in der Arbeit des Runden Tisches und dem Ringen zwischen alten und neuen Kräften, das damit permanent verbunden gewesen ist.

Zuerst ging es darum, den Räten der Bezirke die Macht zu nehmen. Sie hatten sie an sich gerissen, als die SED-Regierung 1989 gelähmt und handlungsunfähig geworden war.

III. Auseinandersetzungen um die Macht

Dass die Auseinandersetzung mit den Vertretern des DDR-Machtapparates gefährlich werden konnte, sollte ich nach einer der vielen Sitzungen des Runden Tisches kennenlernen. Wie jeden Montag fand diese im Rat des Bezirkes, der heutigen Staatskanzlei, statt. Wir trafen uns in dem Raum, in dem heute der Ministerpräsident sein Büro hat. Wie immer stritten wir mit den Funktionären der SED, wurden von Vertretern der Blockparteien misstrauisch beäugt und stimmten in der Gruppe der neuen Kräfte, nämlich Vaatz-CDU (also erst seit Februar 1990 CDU), Demokratischer Aufbruch, DSU, Forumpartei, Neues Forum, SPD, Vereinigte Linke und anderen, geschlossen ab. Spät in der Nacht verließ ich das düstere Gebäude, froh darüber, heil aus dieser Zentrale des alten Unterdrückungsapparates herausgekommen zu sein. Als ich im Schritttempo mit meinem Wartburg um die Kurve bog, stoppte ein fürchterliches Krachen meine Fahrt. Mit Mühe und ganz langsam erreichte ich die Autowerkstatt. Im Laufe des Tages rief der Monteur verstört meine Frau an und fragte, ob ich Feinde hätte. Am Auto hatten Unbekannte Radmuttern gelöst. Noch heute besitze ich die „Anzeige gegen Unbekannt“, die ich damals an die Kriminalpolizei richten wollte. Arnold Vaatz sagte damals bitter zu mir, dass „die nie gegen sich selber ermitteln“. So erstattete ich die Anzeige nicht.

Die Mächtigen und Etablierten halten sich am liebsten an ihresgleichen. Diesem verhängnisvollen Drang widerstand auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth anfangs nicht, als er 1990 Kontakt zum Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer und dem Rat des Bezirkes suchte.

Bis heute kann ich nicht verstehen, wie man im „Spiegel“ und in der westdeutschen Politik Leute wie Berghofer und Modrow als Reformer feiern konnte.

Eine Gemischte Kommission Sachsen/Baden-Württemberg etablierte sich und bildete zehn Arbeitsgruppen für unterschiedliche Politikfelder.

Unter dem Druck der Runden Tische und des CDU-Fraktionsvorsitzenden Erwin Teufel im Stuttgarter Landtag, der als erster voll auf die neuen politischen Kräfte gesetzt hat, leiteten dann prominente Vertreter der Basisdemokratie eigene Arbeitsgruppen.

Ursprünglich durch meine Herkunft aus der kirchlichen Umweltbewegung und dem Demokratischen Aufbruch mehr auf Umweltpolitik fixiert, habe ich mich dann aber doch für den Bereich Wissenschaft und Bildung entschieden.

Ich leitete die Fachkommission „Wissenschaft und Bildung“, besetzt mit Rektoren, Prorektoren und Bezirksschulräten. Ziel war die Zusammenarbeit in allen Bereichen von Wissenschaft und Bildung, vor allem zwischen Schulen, Universitäten und Hochschulen, wissenschaftlichen Bibliotheken und Archiven, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Jugendpflege, Jugendarbeit und Sport. Die oftmals stasibelasteten Altkader wurden einer nach dem anderen durch unbelastete Personen aus Basisgruppen und Initiativen ersetzt.

Unvergessen bleibt mir mein erster Besuch mit der Delegation in Baden-Württemberg, als der dortige Wissenschaftsminister Prof. Dr. Helmut Engler schnurstracks auf den damaligen Chemnitzer Rektor zusteuerte. In aller Höflichkeit, aber mit Nachdruck erklärte ich dem verduztten alten Herrn, dass Magnifizenz nicht mehr das Sagen hatte. Das war für beide eine ganz neue Erfahrung: für Magnifizenz, die einem wissenschaftlichen Assistenten die Delegationsleitung überlassen musste, und für den westdeutschen Wissenschaftsminister, der nie so richtig verstand, was sich im Osten abspielte.

IV. Nach der Volkskammerwahl

Am 18. März 1990 fanden nach vier Jahrzehnten kommunistischer Diktatur in der DDR erstmals freie, gleiche und geheime Wahlen zur Volkskammer statt.

In einer Situation, die vom intensiven Tauziehen um die Rolle der Bezirksgremien im Landesbildungsprozess bestimmt war, tagte der Runde Tisch des Bezirkes Dresden am 29. März 1990 erstmals in der an die Volkskammerwahlen angelehnten Zusammensetzung.

Die erste demokratische Wahl der Volkskammer hatte also ganz sichtbare Auswirkungen im Sinne der parlamentarischen Demokratie auf den Runden Tisch des Bezirkes Dresden.

Eine Sitzung aus dieser Phase ist es wert, an dieser Stelle ganz besonders hervorgehoben zu werden.

Ein Antrag, der drei Wochen zuvor noch zu einer ergebnislosen Endlosdebatte geführt hatte, kam bei der 17. Sitzung am 19. April 1990 zum Beschluss:

Der Runde Tisch richtete an den Bezirkstag die Empfehlung, sich aufzulösen.

In Leipzig reagierte der Runde Tisch am selben Tag mit einem entsprechenden Beschluss zur Selbstauflösung des Bezirkstages.

Wie schwer die Veränderungen 1990 vorankamen, zeigt mein daraus folgendes Erlebnis aus dem Dresdner Bezirkstag.

Dem gehörte damals eine kleine basisdemokratische Fraktion der Herbstrevolutionäre mit Diskussions- und Antragsrecht, allerdings ohne Stimmrecht, an. Auf diese Weise suchte sich dieses Pseudoparlament zu legitimieren und den Rat des Bezirkes zu stabilisieren. Deshalb stellte ich in einer Bezirkstagsitzung als Mitglied des Demokratischen Aufbruchs und im Namen der basisdemokratischen Fraktion und des Runden Tisches den Antrag auf Selbstauflösung dieses undemokratischen Gremiums, das auf keine Weise durch freie Wahlen legitimiert sei. Der Antrag wurde abgelehnt, und die Abgeordneten der SED und der Blockparteien schrien mich nieder in dem ausbrechenden Tumult. So endete mein erster, wenn auch „schein“-parlamentarischer Auftritt.

Zu Reformen aus sich heraus eigneten sich die Strukturen des SED-Staates nicht.

In der gleichen Sitzung des Runden Tisches am 19. April 1990 wurde auf SPD-Antrag eine Arbeitsgruppe „Land Sachsen“ ins Leben gerufen, die „geeignete Lösungsvorschläge zur weiteren Koordinierung der Arbeit zur Vorbereitung des Landes Sachsen“ erarbeiten sollte.

Innerhalb einer Woche entwickelte diese Arbeitsgruppe einen Vorschlag für ein aus Vertretern der drei Bezirke paritätisch zusammengesetztes Gremium von 75 bis 90 Personen.

Aufgaben dieses Gremiums sollten sein:

- die politische Führung des Prozesses der Herausbildung des Landes Sachsen,
- die Repräsentation der Bürger der drei Bezirke,
- die Sicherung der Transparenz des Prozesses,
- die Koordinierung aller Arbeitsschritte sowie
- die Kontrolle über die ordnungsgemäße Vorbereitung der Landtagswahlen.

Da Erich Iltgen als Vertreter des Runden Tisches ins Präsidium des Bezirkstages kooptiert worden war, kam ihm die Aufgabe zu, diesen Antrag zu einer koordinierten Zusammenarbeit der drei Runden Tische der Bezirke, der Parteien und Räte der Bezirke einzubringen.

Er wurde in allen Punkten beschlossen, auch die Einrichtung eines Koordinierungsbüros für die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den Bezirken im Rat des Bezirkes Dresden.

V. Der Koordinierungsausschuss bildet sich

Am 25. April 1990 trat in Dresden erstmals die neue Arbeitsgruppe „Land Sachsen“ des Runden Tisches zusammen.

Wieder eine Woche später, bei der 18. Beratung am 3. Mai 1990, legte Arnold Vaatz dem Runden Tisch ein Arbeitspapier zur Bildung eines Vorparlamentarischen Ausschusses und eines Koordinierungsausschusses Land Sachsen vor.

Ein Redaktionskollegium wurde beauftragt, die vorliegenden Arbeitsmaterialien und Diskussionsstandpunkte zu einem Vorschlag zusammenzufassen, der im Ergebnis an die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Leipzig sowie an die Volkskammer weitergeleitet werden sollte.

Wesentlichste Inhalte der am 8. Mai 1990 unter dem Titel „Vorbereitungen der Bildung des Landes Sachsen“ übermittelten Vorschläge waren:

- „1. Es wird ein Vorparlamentarischer Ausschuss gebildet, der sich paritätisch aus 120 Vertretern der drei sächsischen Bezirke zusammensetzt. Dabei ist zu beachten, dass die regionalen Vertretungen innerhalb des Bezirkes ausreichend wahrgenommen werden“ und
- „2. Zur sachlichen und organisatorischen Vorbereitung des Zustandekommens und der notwendigen Entscheidungsgrundlagen für gesetzgebende Instanzen wird vorgeschlagen, einen Koordinierungsausschuss aus Vertretern der drei sächsischen Bezirke zu bilden.“

Dem Schreiben beigelegt war ein vom 6. Mai 1990 datiertes Memorandum „Vorschlag eines demokratischen Weges zur Bildung des Landes Sachsen“, in dem die Kompetenz der regionalen Runden Tische zur Länderbildung untermauert wird.

Bei der 19. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 17. Mai 1990 stellte Arnold Vaatz die ersten Schritte zur Bildung von Arbeitsstrukturen des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen vor.

Das Sekretariat sollte durch Hermann Henke (DSU) geleitet werden, Helmut Münch (Demokratischer Aufbruch) für Wirtschaft, Horst Metz (CDU) für Umwelt und Matthias Rößler (Demokratischer Aufbruch) für Wissenschaft und Bildung zuständig sein.

Der parteilose Steffen Heitmann, bereits als Berater der Gruppe der 20 bekanntgeworden, war für die Arbeitsgruppe Verfassung vorgesehen und Erich Iltgen, ebenfalls noch parteilos, mit Blick auf den künftigen Landtag, zuständig für die Fachabteilung „Parlamentarische Arbeit“.

Nach dem hier vorgetragenen Konzept lag es nahe, Arnold Vaatz als Leiter des Koordinierungsausschusses für die Position des Regierungsbeauftragten in Dresden

vorzuschlagen und die Zügel in der Bezirksverwaltungsbehörde in die Hand zu nehmen.

Ab dem Frühjahr 1990 haben uns nicht nur die Partner in Baden-Württemberg und den anderen alten Bundesländern auf Augenhöhe akzeptiert, sondern zudem auch noch die Funktionäre im Rat des Bezirkes.

Die kleine Gruppe friedlicher Revolutionäre war von nun an permanent im Vormarsch, legitimiert vom Druck der Montagsdemonstrationen, akzeptiert von westdeutschen Aufbauhelfern. In diesem revolutionären Mikrokosmos vom Demokratischen Aufbruch über die DSU zur Vereinigten Linken kannte man sich persönlich.

In dieser Zeit hat es in der Tat eine Doppelherrschaft zwischen dem Runden Tisch und dem Rat des Bezirkes gegeben, wie das Dr. Michael Richter in seinem Buch „Die Bildung des Freistaates Sachsen“ treffend geschildert hat.

Der zentralistische Weg der Länderbildung der Regierung de Maiziere stieß damals überall dort auf Proteste, wo die Gefahr gesehen wurde, dass eigenständige regionale Entwicklungen gestoppt oder gar rückgängig gemacht würden.

Für den eigenständigen sächsischen Weg standen Leipzig, Chemnitz und Dresden mit ihren Runden Tischen der Bezirke.

Nirgends war die Basisbewegung freilich so ausgeprägt wie in Dresden, nirgends drängten die neuen Kräfte so konzertiert an die Macht und nirgends spitzten sich die Konflikte so zu wie an der Elbe.

Aus Dresdner Sicht war weniger die Frage der Legitimität entscheidend, sondern die Tatsache, dass sich in Dresden Personen zusammen-fanden, die der aktive und gestalterische Wille verband, sich in die eigenen Belange einzumischen und die Bildung Sachsens nicht der sich selbst abschaffenden Regierung der DDR zu überlassen.

VI. Das Sächsische Forum

Über die letzte Sitzung des Runden Tisches am 12. Juli berichtete die Dresdner Journalistin und Kritikerin, Uta Dittmann, die den Prozess der Friedlichen Revolution von den ersten Tagen publizistisch unterstützt hat, in der uns nahestehende Tageszeitung DIE UNION:

„Der Runde Tisch des Bezirkes Dresden hat den Vorschlag seines Moderators, Ordinariatsrat Erich Iltgen, zur Bildung eines Sächsischen Forums einstimmig angenommen.

In diesem Forum, auch das war einmütiger Beschluss, setzt der Runde Tisch seine Arbeit in Verantwortung und Geist dieses neuen demokratischen Instrumentes fort und stellt sie obendrein auf eine breitere Basis.

Kontakte zu den Bezirken Leipzig und Chemnitz sind bereits geknüpft.

Alle Parteien, Bewegungen, Verbände sind aufgefordert, je einen Vertreter in das Sächsische Forum zu entsenden.

Das Sächsische Forum soll kein Vorparlament mit legislativen Befugnissen sein. Sondern als Partner der Regierungsbeauftragten und Koordinierungsausschüsse und als Brücke zu Öffentlichkeit alle Schritte zur Bildung des Landes Sachsen begleiten, kontrollieren, diskutieren und der Öffentlichkeit bekannt machen.

Alle Informationen, Arbeitsstände und Dokumente (beispielsweise der Entwurf der Landesverfassung) werden von den Koordinierungsausschüssen über das Sächsische Forum der Öffentlichkeit in Kolloquien zur Diskussion gestellt.“

Das Sächsische Forum profilierte sich bald als von allen Bezirken und neuen sächsischen Kreisen angenommenes Gremium der sächsischen Öffentlichkeit.

Damit spielte Erich Iltgen im weiteren Landesbildungsprozess neben Arnold Vaatz und dem von ihm geleiteten Koordinierungsausschuss eine wichtige Rolle.

Es war ihm gelungen, eine Kontinuität von der Idee des Runden Tisches zum Landtag zu schaffen.

Über diese symbolische hat das Sächsische Forum aber auch eine sehr praktische Bedeutung gehabt.

Oftmals hat es geholfen, wenn wir im Koordinierungsausschuss unter den Druck der Ost-Berliner Regierung kamen.

Dann hat Erich Iltgen – Gott sei Dank – uns wieder rausgeholfen, weil er über eine Struktur verfügte, die autonom war.

Während der Koordinierungsausschuss zumindest über den Regierungsbevollmächtigten von der Regierung abhängig gewesen ist, hat das Sächsische Forum ein Stück sächsischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit verkörpert.

Nach der Etablierung des Koordinierungsausschusses begann Vaatz im Juli 1990 mit der personellen Besetzung der Stellen der Landesstrukturbeauftragten.

Damals habe ich die Funktion des Landesstrukturbeauftragten für Kultus übernommen. Ich leitete den Arbeitsstab „Kultus“ und bereitete ein großes Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kunst vor.

Zu diesem Zeitpunkt wurden hier Vorgaben aus Berlin kaum noch akzeptiert.

Dies galt insbesondere bei konkreten Vorschlägen für Ministerien, die mit den eigenen Ausarbeitungen kollidierten, die konkrete Situation in Sachsen kaum reflektierten und erkennbar darauf hinausliefen, DDR-Regierungsstrukturen samt Personal neue Bestätigungsfelder zu erschließen.

Neben den sich im Juli bildenden Strukturgruppen des Koordinierungsausschusses arbeiteten auch die Fachgruppen der Gemischten Kommission Sachsen/Baden-Württemberg während des Sommers weiter.

Im August 1990 trat der Demokratische Aufbruch der CDU bei, und die CDU-Basis meines Wahlkreises nominierte mich für den Sächsischen Landtag, in den ich im September gewählt worden bin.

VII. Ein eigenständiger sächsischer Weg

Anders als in anderen neuen Bundesländern entstand der Freistaat Sachsen von unten nach oben, aus der Friedlichen Revolution. Ich hatte immer das Gefühl, dass die anderen neuen Bundesländer sozusagen von Berlin aus geschaffen worden sind, während dieser Prozess in Sachsen tatsächlich von unten nach oben erfolgte. Die aktive Gestaltung direkt aus dem sich bildenden Land heraus war nach meiner Überzeugung einmalig in den neuen Bundesländern.

Dabei gab es ständig Auseinandersetzungen mit der Ostberliner Regierung unter Lothar de Maiziere, der uns als „Revoluzzer“ bezeichnete. Statt sich, wie zum Beispiel Erich Iltgen mit dem Landtag, symbolisch in die Tradition der Friedlichen Revolution zu stellen, setzte man dort auf die alten Apparate, aus denen ein Großteil ihrer Verantwortungsträger kam.

Mit Mut und Machtbewusstsein gestaltete eine kleine Gruppe aus in die CDU eingetretenen Bürgerrechtlern, Mitgliedern vom Demokratischen Aufbruch, von der DSU und der SPD unter Führung von Arnold Vaatz entscheidende Momente der sächsischen Geschichte. Der Koordinierungsausschuss war eine Art „Revolutionsregierung“, mit der sich Arnold Vaatz bei der Bildung des Landes Sachsen die größten Verdienste erworben hat.

Als es nach einigem Hin und Her gelang, Kurt Biedenkopf als zukünftigen Ministerpräsidenten zu gewinnen, waren die Voraussetzungen für eine Epoche des Aufbaus und der politischen Stabilität in Sachsen geschaffen.

Mit Biedenkopf hat die Konsolidierungsphase des Landes begonnen.

Ein stabiles Fundament ist aber Dank der Arbeit des Koordinierungsausschusses schon gelegt gewesen. Dank des Professionalismus des Ministerpräsidenten ist darauf ein ebenso festes staatliches Gebäude errichtet worden.

Vielleicht wäre eine radikalere personelle und strukturelle Erneuerung notwendig gewesen. Wir nutzten eine einmalige historische Chance nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und hatten Angst, den Bogen zu überspannen. Unsere westdeutschen Berater mahnten so viel Veränderung wie möglich an, bevor die Übernahme des Grundgesetzes ab 3. Oktober 1990 alle Besitzstände konservieren würde. Deshalb stimmt der Vorwurf der von mir hoch geschätzten Bärbel Bohley „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ so nicht. Die Bürgerbewegten am Runden Tisch in Berlin und die einzige frei gewählte DDR-Regierung hätten mehr verändern können. Aber der Runde Tisch in Berlin konnte aus seinem Selbstverständnis heraus nicht mehr verändern. Die Regierung de Maiziere nutzte

ihre Macht eher zur Konservierung alter DDR-Besitzstände. So unterblieben 1990 in den entscheidenden Phasen viele Veränderungen, und die neuen Bundesländer leiden heute unter den Folgen, zum Beispiel unter den gewaltigen finanziellen Lasten der Sonderversorgungssysteme der DDR.

Die geschilderten Entwicklungen fanden ihren Höhepunkt in der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg in Meißen.

Die Vertreter der neuen Kräfte saßen in der ersten Reihe.

Es war unsere Veranstaltung.

Wir hatten damals gesiegt.

Am 11. Oktober 1990 trat das Sächsische Forum mit 91 Teilnehmern im Plenarsaal der Dresdner Bezirksverwaltungsbehörde zur letzten Sitzung zusammen.

Durch den Abschluss seiner Tätigkeit kurz vor der Wahl zum Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1990 wurde noch einmal der Anspruch des aus den Runden Tischen der drei Bezirke hervorgegangenen Sächsischen Forums als eine Art Vorparlament, was es so sonst nirgends gegeben hatte, unterstrichen.

Am 27. Oktober 1990 fand die konstituierende Sitzung des 1. Sächsischen Landtags statt.

Bei der Konstituierung des Sächsischen Landtags stand nach Auszählung der Stimmen fest, dass die CDU von 160 Abgeordnetensitzen 92 gewonnen hatte, die SPD 32, die Linke Liste/PDS 17, Bündnis 90/Grüne zehn und die FDP neun.

Einige friedliche Revolutionäre wie Heinz Eggert, Hans Geisler, Steffen Heitmann, Matthias Rößler und Arnold Vaatz saßen später in der Staatsregierung von Kurt Biedenkopf. In den ab 2004 gebildeten Staatsregierungen waren sie nicht mehr vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir im Rahmen dieser Tagung an Traditionen erinnern und Perspektiven aufzeigen wollen, dann verbinde ich damit die Hoffnung, dass es uns heute und in Zukunft gemeinsam gelingen wird, über die Forschung hinaus eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Dabei ist es mir ganz besonders wichtig, die Vertreter der jungen Generation zu erreichen, die das Ende der DDR und die Bildung und den Aufbau des Freistaates Sachsen nicht mehr persönlich miterlebt haben.

Die Verwirklichung sächsischer Staatlichkeit und die Stiftung regionaler Identität bieten uns allen eine sichere Grundlage dafür, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen und dem Freistaat Sachsen in der Mitte Europas eine Zukunft zu geben.

Ich danke der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Verein für sächsische Landesgeschichte – hier vor allem Dr. Konstantin Hermann –, dem Hannah-Arendt-Institut und dem Haus der Kirche sowie allen Referenten und Zeitzeugen, die zum Gelingen unserer Tagung beitragen werden.

Der Veranstaltung und allen Beteiligten wünsche ich recht viel Erfolg.